

## Zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche

Ich bin nach den Wahlen am Berner Münster ersucht worden, den vorausgegangenen Betrachtungen über Staat und Kirche im Kanton Bern noch etwas über jene Wahlen am Berner Münster nachzutragen, die im Sinne der Bestätigung der bisherigen Amtsinhaber im Kirchengemeinderat ausgefallen sind. Immerhin ergibt sich schon aus den Stimmzahlen für den Präsidenten des Kirchengemeinderates (der bisherige, Herr Wittwer, erhielt 943, der Kandidat der Opposition, Dr. Dättwyler, 884 Stimmen), daß sich die beiden Gruppen beinahe die Waage halten. Noch weniger überraschend als das Wahlergebnis ist das Verhältnis der Stimmen zu den Stimmberechtigten. Von den 6160, die in der Münsterkirchengemeinde stimmberechtigt sind, haben trotz ungewöhnlichem Kampf der Meinungen ganze 1840 an der Wahl teilgenommen, nicht einmal der dritte Teil! Die Stimmbeteiligung der stadtbernerischen Kirchengemeinden ging von 29,95 Prozent am Münster und 20,35 Prozent in Bümpliz, wo ebenfalls ein Wahlkampf stattfand, hinunter bis 5,84 (französische Kirche), 3,12 (Petrus), 2,61 (Nydegg), 2,60 (Markus), 1,43 (Friedenskirche), 1,47 (Johannes) 1,17 (Paulus) und 1,12 Prozent (Heiliggeist).

Wie sich die Geschlechter in das Ergebnis teilen, kann erst festgestellt werden, wenn nach der 14tägigen Rekursfrist die Pakete geöffnet und die Stimmausweise den Wählern zurückgeschickt werden. Da rund 700 mehr Frauen als Männer im Stimmregister der Müntstergemeinde eingetragen sind (3429 gegen 2731), so ist es natürlich, wenn die weiblichen Wähler auch an der Urne überwiegen.

Wie bei politischen, so stellt auch bei kirchlichen Wahlen die schweigende Sphinx der unbeteiligten Masse ein Rätsel dar, das indessen hier eine Teilerklärung findet: Wer nicht zum kirchlichen Gottesdienst zu gehen pflegt, der findet es oft unpassend, den Predigtgängern dreinzureden. Wer äußerlich (die Bezahlung der Kirchensteuern abgerechnet) sich nicht zur Kirche hält, wird nicht leicht einen moralischen Anspruch auf Mitentscheidung bei kirchlichen Wahlen erheben. So wird aber das Kirchenvolk auf einen kleinen Bruchteil der Konfessionsangehörigen beschränkt, und die Entfremdung der Landeskirche vom Großteil der Bevölkerung tritt mit aller Schärfe hervor — jene Entfremdung, von der die Regierung fürchtet, daß sie durch eine un d u l d s a m e Richtung nur verschärft werden könne.

Dazu kommt nun, daß sehr viele Bürger von den kirchlichen Wahlen nicht rechtzeitig Kenntnis nehmen. Man verläßt sich darauf, vor jedem Urnengang eine besondere Stimmkarte zu erhalten, wie es bei den Abstimmungen in Gemeinde, Kanton und Bund immer geschieht, weshalb die kirchliche Dauerkarte oft nicht aufbewahrt wird.

Was den kirchlichen Wahlen am Münster eine besondere Note gab, das war die einen Monat vorher im Großen Rat begonnene und seither in der Öffentlichkeit weitergeführte Debatte über Vorfälle, die den Kirchendirektor veranlaßten, zum Aufsehen und zur Besinnung über das gesunde Verhältnis zwischen Kanton und Landeskirche zu mahnen, um so mehr, als die Regierung den Vorwurf erhob, die Müntstergemeinde scheine (im ausgesprochenen Unterschied zur Erklärung des einstimmigen Synodalrates und der Synode der evangelisch-reformierten Landeskirche) darauf auszugehen, den Gegensatz zum Staat zu betonen. Der Widerspruch zwischen Mehr- und Minderheit des Kirchenvolkes ist am Münster ja auch schroffer hervorgetreten als in den meisten andern Kirchengemeinden.

Es konnte nicht fehlen, daß wegen der gegen bestimmte Kanzelredner erhobenen Kritik der Wahlkampf ein persönliches Gepräge erhalten hat, und daß dabei die persönliche Anhängerschaft und gewiß auch das Gefühl der dankbaren Verpflichtung für eifriges Arbeiten im Weinberg des Herrn zum Ausdruck kam, was sich aber in der Diskussion weniger im Widerlegen sachlicher Vorhalte als in einer zuweilen ungewöhnliche Formen annehmenden Beurteilung der Kritiker geäußert hat.

Da wurde in einem kirchlichen Blatt (unter dem Titel „Will der Staat sein Gewissen töten?“) der Kampf eines Müntsterrpfarrers gegen die Lebensmittelvorräte dem K a m p f z w i n g l i s gegen die Reisläuferei an die Seite gestellt... einen andern Sinn kann jene Stelle gar nicht haben, und in einem Zürcher Blatt erschien der Zuruf eines Anhängers der in Bern kritisierten Richtung an die „lieben Berner“, die erfreut sein werden, auf dem Umweg über Außersich zu vernehmen, daß nur die vor hundert Jahren von Jeremias Gotthelf gegeißelte unduldsame „radikale Sekte“ etwas an der Kanzelpredigt gegen die Vorräte auszusprechen hätte, und daß als fanatischer Sektenführer der Radika-

waltigen radikalen Vorstoßes vor 100 Jahren eine neue Schweiz im Werden war, die ihren Namen verdient hat, und für die nach hundert Jahren die Nachkommen und Nachfolger der damaligen Gegner nur Lob und Dank übrig haben würden, allen voran der konservative Bundespräsident von 1948, Herr Celio. Von dieser Seite wurde gerade der Geist der U l d u n g gegenüber den in Minderheit versetzten Gegnern gepriesen. Wäre es nicht Zeit, daß die Sonne dieser freundlichen Erkenntnis auch über Außersich aufginge?

„Im übrigen lese der getreue Leser Psalm 2, und alles Nötige ist gesagt“... schreibt der eigenartige Deuter bernischer Verhältnisse. Gut, werfen wir das Buch herum und lesen wir in der Verdeutschung Martin Luthers:

„Warum toben die Heiden? (in unserem Fall also der bernische Kirchendirektor und die zu ihm stehen)... Die Könige im Lande... ratschlagen miteinander wider den Herrn und seinen Gesalbten“... Das sagt in der Tat genug.

Der streitbare Kirchenmann verachtet und umgeht alles, was zur Begründung der Kritik an einer Predigt angebracht worden ist, und „darf sogar im Namen und in der Kraft Gottes und Jesu Christi lachen über diese... Denkschablone des Bernermuken“...

Wir zitieren nur.

Es konnte nicht fehlen, daß die Spannungen in der reformierten Berner Kirche in steigendem Maße zur kommunistischen Propaganda dienen und daß die Wahlen am Münster geradezu als ein Triumph der Friedenspolitik, wie M o s k a u sie versteht, verherrlicht werden. Die Kommun-

formisten haben ja sonst in der Schweiz so wenig zu rühmen, daß sie in diesen Tagen wieder einen Radiofeldzug mit allen Verdrehungs- und Erfindungskünsten ihrer geschulten Propaganda gegen unser Land unternehmen. Ungehörig ist es, zu behaupten, die von der Berner Kirchendirektion gerügten Geistlichen seien als Kommunisten verleumdet worden. So weit ich sehe, ist das nirgends der Fall gewesen, auch nicht bei denen, die das schwächlich-schwankende Verhalten zwischen Ost und West in seiner politischen Wirkung als ungewollte Propagandahilfe für Moskau erkannt haben. Radio Moskau hat sich ja sofort die Argumente der Müntsterpredigt gegen die Vorräte zu eigen gemacht!

Der Kampf um die Wahlen in der Müntstergemeinde wird im „Vorwärts“ in einer dertassen Weise kommentiert, daß daraus die ganze Verdrehungs- und Verleumdungstaktik der systematisch geschulten und praktisch längst durch-exerzierten Zersetzungpropaganda zu erkennen ist. Denn da geht es in patriotischen Wallungen um die gute alte Schweizer Freiheit, an die „religiöse Kreise in unserem Lande glaubten“. Der Terror herrsche, der „Scharfmacher Feldmann“ führe eine „niederträchtige Kampagne gegen den strenggläubigen Müntstergemeinderat“ usw. („Vorwärts“ vom 14. Oktober). Am 10. Oktober schon hat der „Vorwärts“ die Freiheit unserer Pfarrer mühend gegen jene angeblichen Feinde der Arbeiterklasse verteidigt, die Prof. Fritz Marchach und Dr. h. c. Konrad Ig heißen, und deren Hauptverbrechen es ist, den Arbeitsfrieden in der Metallindustrie geschlossen zu haben...

Ob da jenen Friedensfreunden, die schon in vorsorglichen Maßnahmen eine Gefahr für den Frieden erblickten wollten, nicht doch ein Licht aufgeht?

Ich bin nach den Wahlen am Berner Münster ersucht worden, den vorausgegangenen Betrachtungen über Staat und Kirche im Kanton Bern noch etwas über jene Wahlen am Berner Münster nachzutragen, die im Sinne der Bestätigung der bisherigen Amtsinhaber im Kirchengemeinderat ausgefallen sind. Immerhin ergibt sich schon aus den Stimmzahlen für den Präsidenten des Kirchengemeinderates (der bisherige, Herr Wittwer, erhielt 943, der Kandidat der Opposition, Dr. Dättwyler, 884 Stimmen), daß sich die beiden Gruppen beinahe die Waage halten. Noch weniger überraschend als das Wahlergebnis ist das Verhältnis der Stimmen zu den Stimmberechtigten. Von den 6160, die in der Münsterkirche stimmberechtigt sind, haben trotz ungewöhnlichem Kampf der Meinungen ganze 1840 an der Wahl teilgenommen, nicht einmal der dritte Teil! Die Stimmbeteiligung der städtischen Kirchengemeinden ging von 29,95 Prozent am Münster und 20,35 Prozent in Bümpliz, wo ebenfalls ein Wahlkampf stattfand, hinunter bis 5,84 (französische Kirche), 3,12 (Petrus), 2,61 (Andegg), 2,60 (Markus), 1,43 (Friedenskirche), 1,47 (Johannes) 1,17 (Paulus) und 1,12 Prozent (Heiliggeist).

Wie sich die Geschlechter in das Ergebnis teilen, kann erst festgestellt werden, wenn nach der 14tägigen Rekursfrist die Pakete geöffnet und die Stimmausweise den Wählern zurückgeschickt werden. Da rund 700 mehr Frauen als Männer im Stimmregister der Münstergemeinde eingetragen sind (3429 gegen 2731), so ist es natürlich, wenn die weiblichen Wähler auch an der Urne überwiegen.

Wie bei politischen, so stellt auch bei kirchlichen Wahlen die schweigende Sphinx der unbeteiligten Masse ein Rätsel dar, das indessen hier eine Teilerklärung findet: Wer nicht zum kirchlichen Gottesdienst zu gehen pflegt, der findet es oft unpassend, den Predigtgängern dreinzureden. Wer äußerlich (die Bezahlung der Kirchensteuern abgerechnet) sich nicht zur Kirche hält, wird nicht leicht einen moralischen Anspruch auf Mitentscheidung bei kirchlichen Wahlen erheben. So wird aber das Kirchenvolk auf einen kleinen Bruchteil der Konfessionsangehörigen beschränkt, und die Entfremdung der Landeskirche vom Großteil der Bevölkerung tritt mit aller Schärfe hervor — jene Entfremdung, von der die Regierung fürchtet, daß sie durch eine unzulässige Richtung nur verschärft werden könne.

Dazu kommt nun, daß sehr viele Bürger von den kirchlichen Wahlen nicht rechtzeitig Kenntnis nehmen. Man verläßt sich darauf, vor jedem Urnengang eine besondere Stimmkarte zu erhalten, wie es bei den Abstimmungen in Gemeinde, Kanton und Bund immer geschieht, weshalb die kirchliche Dauerkarte oft nicht aufbewahrt wird.

Was den kirchlichen Wahlen am Münster eine besondere Note gab, das war die einen Monat vorher im Großen Rat begonnene und seither in der Öffentlichkeit weitergeführte Debatte über Vorfälle, die den Kirchendirektor veranlaßten, zum Aufsehen und zur Besinnung über das gesunde Verhältnis zwischen Kanton und Landeskirche zu mahnen, um so mehr, als die Regierung den Vorwurf erhob, die Münstergemeinde scheine (im ausgesprochenen Unterschied zur Erklärung des einstimmigen Synodalrates und der Synode der evangelisch-reformierten Landeskirche) darauf auszugehen, den Gegensatz zum Staat zu betonen. Der Widerspruch zwischen Mehr- und Minderheit des Kirchenvolkes ist am Münster ja auch schroffer hervorgetreten als in den meisten andern Kirchengemeinden.

Es konnte nicht fehlen, daß wegen der gegen bestimmte Kanzelredner erhobenen Kritik der Wahlkampf ein persönliches Gepräge erhalten hat, und daß dabei die persönliche Anhängerschaft und gewiß auch das Gefühl der dankbaren Verpflichtung für eifriges Arbeiten im Weinberg des Herrn zum Ausdruck kam, was sich aber in der Diskussion weniger im Widerlegen sachlicher Vorhalte als in einer zuweilen ungewöhnlichen Formen annehmenden Beurteilung der Kritiker äußert hat.

Da wurde in einem kirchlichen Blatt (unter dem Titel „Will der Staat sein Gewissen töten?“) der Kampf eines Münsterpfarrers gegen die Lebensmittelvorräte dem Kampf Zwingli gegen die Keisläuferei an die Seite gestellt... einen andern Sinn kann jene Stelle gar nicht haben, und in einem Zürcher Blatt erschien der Zureuf eines Anhängers der in Bern kritisierten Richtung an die „lieben Berner“, die erfreut sein werden, auf dem Umweg über Außersich zu vernehmen, daß nur die vor hundert Jahren von Jeremias Gotthelf gegeißelte unduldsame „radikale Sekte“ etwas an der Kanzelpredigt gegen die Notvorräte auszusetzen hätte, und daß als fanatischer Sektenführer der Radikalen, die sektenhafte Unduldsamkeit verkörpernd, vorab Herr Dr. Feldmann erscheint. Jeremias Gotthelf hat sich („Zeitgeist und Bernergeist“) ja auch in eine Nut hineingeschrieben und in diesem Zustand nicht gemerkt, daß infolge des ge-

waltigen radikalen Vorstoßes vor 100 Jahren eine neue Schweiz im Werden war, die ihren Namen verdient hat, und für die nach hundert Jahren die Nachkommen und Nachfolger der damaligen Gegner nur Lob und Dank übrig haben würden, allen voran der konservative Bundespräsident von 1948, Herr Celio. Von dieser Seite wurde gerade der Geist der Duldung gegenüber den in Minderheit versetzten Gegnern gepriesen. Wäre es nicht Zeit, daß die Sonne dieser freundlichen Erkenntnis auch über Außersich aufginge?

„Im übrigen lese der getreue Leser Psalm 2, und alles Nötige ist gesagt“... schreibt der eigenartige Deuter bernischer Verhältnisse. Gut, werfen wir das Buch herum und lesen wir in der Verdeutschung Martin Luthers:

„Warum toben die Heiden? (in unserem Fall also der bernische Kirchendirektor und die zu ihm stehen)... Die Könige im Lande... ratschlagen miteinander wider den Herrn und seinen Gesalbten“... Das sagt in der Tat genug.

Der streitbare Kirchenmann verachtet und umgeht alles, was zur Begründung der Kritik an einer Predigt angebracht worden ist, und „darf sogar im Namen und in der Kraft Gottes und Jesu Christi lachen über diese... Denkschablone des Bernermußen“...

Wir zitieren nur.

Es konnte nicht fehlen, daß die Spannungen in der reformierten Berner Kirche in steigendem Maße zur kommunistischen Propaganda dienen und daß die Wahlen am Münster geradezu als ein Triumph der Friedenspolitik, wie Moskau sie versteht, verherrlicht werden. Die Romin-

schichten haben ja sonst in der Schweiz so wenig zu rühmen, daß sie in diesen Tagen wieder einen Radiofeldzug mit allen Verdrehungs- und Erfindungskünsten ihrer geschulten Propaganda gegen unser Land unternahmen. Ungehörig ist es, zu behaupten, die von der Berner Kirchendirektion gerügten Geistlichen seien als Kommunisten verleumdet worden. So weit ich sehe, ist das nirgends der Fall gewesen, auch nicht bei denen, die das schwächlich-schwankende Verhalten zwischen Ost und West in seiner politischen Wirkung als ungewollte Propagandahilfe für Moskau erkannt haben. Radio Moskau hat sich ja sofort die Argumente der Münsterpredigt gegen die Vorräte zu eigen gemacht!

Der Kampf um die Wahlen in der Münsterkirche wird im „Vorwärts“ in einer derart krassen Weise kommentiert, daß daraus die ganze Verdrehungs- und Verleumdungstaktik der systematisch geschulten und praktisch längst durchgezügelten Zersetzungpropaganda zu erkennen ist. Denn da geht es in patriotischen Wallungen um die gute alte Schweizer Freiheit, an die „religiöse Kreise in unserem Lande glaubten“. Der Terror herrsche, der „Scharfmacher Feldmann“ führe eine „niederträchtige Kampagne gegen den strenggläubigen Münsterkirchengemeinderat“ usw. („Vorwärts“ vom 14. Oktober). Am 10. Oktober schon hat der „Vorwärts“ die Freiheit unserer Pfarrer wütend gegen jene angeblichen Feinde der Arbeiterklasse verteidigt, die Prof. Fritz Marbach und Dr. h. c. Konrad Ig heißen, und deren Hauptverbrechen es ist, den Arbeitsfrieden in der Metallindustrie geschlossen zu haben...

Ob da jenen Friedensfreunden, die schon in vorsorglichen Maßnahmen eine Gefahr für den Frieden erblickten wollten, nicht doch ein Licht aufgeht?